

## **Ostdeutschland bleibt am Tropf**

*Buchbesprechung:* Soeben erschien: Dr. Ulrich Busch, "Am Tropf - Die ostdeutsche Transfergesellschaft", trafo-Verlag, 415 Seiten.

Die Aktualität der vorgelegten Studie von *Dr. Ulrich Busch* könnte gar nicht größer sein:

Alle politischen Parteien, die auf ostdeutsche Wählergunst spekulieren, bemühen sich um eine bessere Verdeutlichung der politischen Programme für den weiteren „Aufbau Ost“ vor den diesjährigen Wahlen, und selbst der DGB trat rechtzeitig mit einer ökonomischen Auftragsstudie zur ostdeutschen Zukunft hervor.<sup>1</sup>

*Busch* legt hier das Ergebnis einer gründlichen und umfassenden Analyse des finanziellen Transferproblems nach einem universitären Forschungsauftrag vor - eine Analyse aus betont ostdeutscher Sicht und in Diskussion der dazu geäußerten Standpunkte in der Literatur. Er behandelt diese Transferproblematik im Gesamtzusammenhang mit der Transformation der ostdeutschen Teilgesellschaft und zeigt nüchtern deren Ambivalenzen und ökonomisch-sozialen Konsequenzen.

Nach meiner Einschätzung die tiefgründigste ökonomische Sachanalyse auf der Basis auch eines sehr umfangreichen statistischen Datenmaterials (82 Tabellen), die zum Transfer- (und Transformations-)Thema bisher in Deutschland erschienen ist. Westdeutsche Tabu-Themen werden unbeeindruckt diskutiert, einige Legenden widerlegt und insgesamt die ostdeutsche Sicht auf die Interessenlagen und die politischen Entscheidungen angemessen fachlich nach dem aktuellen Forschungsstand vertreten. Damit trägt das Buch wesentlich dazu bei, die Ambivalenzen der gesamtdeutschen Transfer- (und Vereinigungs-)Ökonomie einem größeren Lesepublikum in ungemein überzeugender Art zu erschließen und deren kritisch-historische Bewertung zu ermöglichen.

Das Buch gliedert sich in folgende große Teilabschnitte:

1. Ostdeutschland: Vereinigungsgesellschaft und Transferökonomie
2. Wesensbestimmung und Begründung der Transferleistungen
3. Struktur und Umfang der Transferleistungen
4. Wirkungen der Transferleistungen
5. Ausblick: Stand der Konvergenz und Perspektiven

---

<sup>1</sup> DGB-Auftragsstudie „Ostdeutschland 2010 – Perspektiven der Investitionstätigkeit“, von Prof. Jan Prieue unter Mitarbeit von Christoph Scheuplein und Karsten Schuldt, Februar 2002, 239 Seiten.

Es ist hier nicht der Ort, dem Autor in die Details aller Analysen und Argumente zu folgen – dieses fachliche *Vergnügen* muss jeder unvoreingenommene Leser selbst nachvollziehen. Auch Politiker würden nicht umhin können, manche bisherigen von Interessen geprägten Sichtweisen zu ändern oder zumindest gründlich zu relativieren. Der Vorzug des Buches besteht u. a. auch darin, dass es den innerdeutschen Dialog aus der Verkrustung einseitiger oder ego-zentrischer Auffassungen herausführt, in dem es die hohen Transfers als die innere komplexe Folge der langfristigen Unterschiede im volkswirtschaftlichen Leistungsniveau Ost zu West erklärt. Die Wertschöpfung je Erwerbstätigen Ost hat sich in den Jahren seit 1996 in ihrer absoluten Differenz (zu West) kaum noch verringert.

*Busch* zeigt überzeugend, dass der widersprüchliche Nutzen aus den Transfers immerhin beiden Seiten zufällt. Die Transfers sichern den westdeutschen Lieferanten auf dem ostdeutschen Binnenmarkt einen permanenten Absatz ihrer Waren und Leistungen in Höhe jener „Produktionslücke“, die sich im Osten stabilisiert hat, weil und sofern die Endverwendung höher bleibt als die Eigenleistung der neuen Bundesländer. Den Ostdeutschen sichern die Transfers eine höhere Konsumtion und eine Förderung der Investitionen, die auf einen aktuellen Teilausgleich der bestehenden innerdeutschen Niveauunterschiede zielen. *Busch* zeigt die ambivalente Funktion der Transfers, die diesen Ausgleich einerseits *entwicklungsgerichtet* überwinden sollen, ihn andererseits jedoch auch immer profitmotiviert stabilisieren. Die Transfers erscheinen als permanente komplexe „Transferökonomie“, die aus der Sturzgeburt der deutschen Vereinigung zwangsläufig hervorging.

*Damit leistet er auch einen politischen Beitrag zur Überwindung der Missdeutung über die angeblichen „Jammer-Ossis“, in dem er deren erklärbare Frustration wegen der historische Perspektive des weiteren Lebens in einer ökonomisch-sozial unterentwickelten Großregion in der Bundesrepublik interpretiert.*

Diese Perspektive ist noch keineswegs gebannt, wie aus der sachkundigen Darlegung der inneren Entwicklungshemmnisse der neuen Bundesländer erkennbar wird. Hierzu zählt u.a. auch der absolute Rückgang der laufenden Investitionen ins Verarbeitende Gewerbe in der zweiten Hälfte der 90-er Jahre, der das künftige Wachstum der industriellen Wertschöpfung Ost zunächst spürbar limitiert.

Der Autor vertieft die Kenntnisse der Leser über die Besonderheiten der innerdeutschen Transferleistungen in allen Aspekten: Entstehungsursachen, Finanzierungsquellen, Struktur, Trägerschaft, Endverwendungen und Wirkungen werden diskutiert. Er greift bei seiner Analyse bis auf die Ausgangslage zur Vereinigung zurück und scheut sich nicht, das Erbe der DDR-Ökonomie historisch wertend im Rückblick einzubeziehen. Die widersprüchlichen Ergebnisse der Periode der Treuhandanstalt (1990 bis 1994) finden ihre sachgerechte Wertung im Rahmen der Vereinigungsökonomie.

Nach der allseitigen Analyse der Transfers und ihrer Rolle in der Vereinigungsökonomie geht der Autor zu einer kritischen Bewertung des Aufholprozesses (Konvergenz) und seiner Perspektiven die Untersuchung über. Hierzu einige markante Aussagen: „Dabei geht es um Unterschiede (zwischen Ost und West), die weit über das übliche Maß regionaler Disparitäten hinausreichen und die nicht nur einzelne ökonomische und soziale Parameter betreffen, sondern faktisch die Gesamtheit der Lebensverhältnisse.“ (S. 360) „Ohne Erfolge im wirtschaftlichen Aufholprozess kann es keine wirkliche Angleichung in den Lebensbedingungen geben.“ (S. 360) „Das heißt, unter dem Konvergenzaspekt geht es vor allem darum, dass Ostdeutschland sich *im Ganzen* gesehen und *im Durchschnitt* hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Leistungskraft dem Westen annähert.“ (S. 361) „Ferner stellt sich die Frage, ob das Tempo des *Aufbaus Ost* hinreicht, um den Abstand gegenüber Westdeutschland tatsächlich schrumpfen zu lassen, um so allmählich aufzuschließen, oder aber, ob der Aufholprozess (?) lediglich dazu führt, den Abstand zu halten und nicht noch größer werden zu lassen.“ (S. 362) Hier ist mit „Aufholprozess“ offensichtlich nur eine einfacher gradueller Wachstumsprozess gemeint.

Nachdem *Busch* auf die inzwischen eingetretene mehrjährige Stagnation im Aufholprozess abhebt, stellt er darüber hinaus fest: „Der Trend hat sich folglich wieder umgekehrt: Ostdeutschland holt seit einigen Jahren nicht mehr auf, sondern fällt gegenüber Westdeutschland wieder zurück.... Vielmehr stellt sich aktuell die Frage, ob es für Ostdeutschland überhaupt ‚eine Angleichungsperspektive‘ gibt.“ (S. 362) „Und auch das nur, wenn die Wirtschaftspolitik entsprechende Rahmenbedingungen dafür setzt. Ansonsten ‚kippt‘ der Osten und wird zum deutschen *Mezzogiorno*.“ (S. 363)

Nun folgt bei *Busch* *eine Diskussion der Bedingungen für den Aufholprozess*, die zu dem Ergebnis kommt: „Dazu bedarf es in einer aufholenden Region über eine größere Zeitspanne hinweg signifikant höherer Zuwachsraten, als die entwickeltere Region sie aufweist.“ (S. 372) Solche Zuwachsraten sind bisher regionalwirtschaftlich insgesamt für Ostdeutschland noch nicht abgesichert, auch wenn der Wachstumsprozess im Verarbeitenden Gewerbe immer tragender zur Entfaltung kommt.

Die Untersuchung mündet in eine Formulierung von mehreren weiterhin fortführenden Maßnahmekomplexen zur Wirtschaftspolitik, die einen nachhaltigen Aufholprozess in Gang setzen können. Gelingt dies nicht, ist die Konsequenz: „Ostdeutschland stabilisiert sich auf diese Weise als *unterentwickelten Region* im Zentrum Europas; eine Einschätzung, die unter den Bedingungen der EU-Osterweiterung keineswegs entschärft werden wird, sondern, ganz im Gegenteil, in den nächsten Jahren noch an Brisanz gewinnt.“ (S. 376)

Nach *Busch* sind die Transfers zwar „auf Dauer ein Unding“ „ökonomisch wie psychologisch, aber nur durch eine Schließung der Produktionslücke auf der Grundlage

einer Zunahme der Wirtschaftskraft Ostdeutschlands“ (S. 360) zurückführbar. Ob und inwieweit die dominierenden Interessenverbände des Großkapitals, die in globalen Dimensionen operieren, dies wollen oder behindern, bleibt jedoch der Zukunft überlassen. Die Politik muss sich fragen lassen, ob sie im Wahlkampfjahr 2002 diesen fundamentalen Sachzwang in den Mittelpunkt ihrer weiteren praktischen ökonomischen Strategie gegenüber Ostdeutschland stellen will.

*Karl Mai*

---

[Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik](#)